



FOCUS

Plenartagung in Straßburg vom 6. - 9. September

Diese Woche wird der Vorsitzende der Europäischen Kommission José Manuel Barroso seine erste Erklärung zur "Lage der Union" abgeben. Das Parlament wird sich zudem mit der Kommission über die Flutopferhilfe in Pakistan beraten und eine Stellungnahme zur Deportation von Roma einfordern. Regelungen zum Tierschutz und die Eindämmung von Tierversuchen stehen ebenfalls auf der Tagesordnung. Verfolgen Sie die Plenartagung live auf unserer Webseite.

Menschenrechte: Das Parlament wird sich mit der Situation der iranischen Dissidenten Sakineh Mohammadi Ashtiani und Zahra Bahrami befassen.

In dieser Beilage finden Sie die aktuellen Neuigkeiten aus der laufenden Plenartagung.

Themenübersicht der Plenartagung

Premiere: Kommissionspräsident Barroso hält eine Ansprache zur Lage der Union

Am Dienstag wird zum allerersten Mal der Präsident der Kommission, José Manuel Barroso, eine "Ansprache zur Lage der Union" im Europäischen Parlament in Straßburg halten. Die anschließende Debatte bietet den Abgeordneten die Gelegenheit, die Entwicklungen in der EU seit den Wahlen im Juni 2009 und dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages im Dezember 2009 mit Präsident Barroso zu bewerten.

Ausweisung von Roma in Europa Frankreich hat in diesem Sommer Hunderte von Roma nach Rumänien und Bulgarien ausgewiesen - seit Januar wurden mehr als 8.000 Roma abgeschoben. Einige Europaabgeordnete haben die Rechtmäßigkeit solcher Ausweisungen hinterfragt. Das Parlament wird daher mit der Kommission darüber diskutieren, ob die französischen und andere nationale Behörden die Freizügigkeit und die Grundrechte der Roma verletzt haben. Am Dienstag soll eine diesbezügliche Entschließung verabschiedet werden.

EU-Abgeordnete erörtern Hilfeleistungen für die Opfer der Überschwemmung in Pakistan Die Überschwemmungen in Pakistan und die Reaktion der EU auf die humanitäre Krise werden am Dienstag im Mittelpunkt einer Debatte mit der Kommission stehen. Letzten Dienstag hatten die Abgeordneten des Entwicklungsausschusses die EU-Kommissarin für humanitäre Hilfe, Kristalina Georgieva, darauf hingewiesen, dass die EU-Hilfeleistungen für die zerstörte Überschwemmungsregion einer besseren Koordinierung bedürfe und vor Ort sichtbar sein müsse.

Neue Einschränkungen für Tierversuche Künftig könnten per Gesetz weniger Versuchstiere zu wissenschaftlichen Zwecken eingesetzt werden. Das sieht ein Abkommen vor, der im Juli mit dem Rat ausgehandelt wurde. Das Parlament muss diesem Kompromiss noch zustimmen. Demnach müssten die nationalen Behörden die Folgen jedes wissenschaftlichen Versuchs auf das Wohlergehen des Tieres bewerten. Damit sollen alternative Untersuchungsmethoden gefördert und das Leiden der Tiere vermindert werden.

Der Präsident der Republik Mali wird eine Rede vor dem Europäischen Parlament halten Der Präsident des größten Landes Westafrikas, Mali, wird sich Dienstagmittag um 12 Uhr in einer feierlichen Sitzung mit einer Rede an das Europäische Parlament richten. Präsident Amadou Toumani Touré, bekannt auch als ATT, könnte folgende Themen in seiner Ansprache ansprechen: Malis erfolgreicher Übergang zur Demokratie während der letzten 20 Jahre, die Millenniumsentwicklungsziele vor der September-Sitzung der UN in New York sowie Sicherheitsfragen in der Sahel-Region.

Abkommen gegen Fälschung und Piraterie (ACTA): Jüngste Verhandlungen werden erörtert Die EU-Abgeordneten werden am Mittwoch mit der Kommission über die laufenden Verhandlungen zum multilateralen Abkommen gegen Fälschung und Piraterie (ACTA) diskutieren. Die 10. Runde der ACTA-Verhandlungen fand vom 16. bis 20. August 2010 in Washington statt.

Wieder auf der politischen Tagesordnung: Pressefreiheit in der EU Das Europäische Parlament wird über Einschränkungen der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie die staatliche Kontrolle über die Medien in mehreren Mitgliedstaaten am Dienstag mit der Europäischen Kommission diskutieren.

Braucht es ein EU-Gesetz, um die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare zu bekämpfen? Gleichgeschlechtliche Paare werden in der EU nach wie vor diskriminiert, vor allem am Arbeitsplatz, im Studium und auch bei innereuropäischen Reisen. Unabhängig davon, ob die Paare verheiratet sind oder in einer eingetragenen Partnerschaft leben, wird der Partner von vielen Mitgliedstaaten rechtlich nicht als Familienmitglied anerkannt. Die Abgeordneten werden daher die Kommission über das Fehlen von konkreten Vorschlägen zu diesem Thema befragen.

Sakineh und Zahra: Menschenrechte im Iran Das Europäische Parlament wird über die Lage der Menschenrechte im Iran diskutieren. Die Debatte wird sich dabei vor allem auf zwei jüngere Fälle konzentrieren. So wurde die Iranerin Sakineh Mohammadi-Ashtiani des

außerehelichen Sexualverkehrs beschuldigt und zum Tode durch Steinigung verurteilt. Ein zweiter Fall betrifft Zahra Bahrami, Staatsbürgerin der Niederlande und des Iran, die im Dezember 2009 während der Proteste des Ashura-Tages in Teheran festgenommen wurde.

Freihandelsabkommen EU-Korea: Abstimmung über Schutzklauseln für die europäische Industrie Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea soll von bilateralen Schutzklauseln begleitet werden. Demnach kann das Parlament oder eine vom Importanstieg aus Korea betroffene Branche eine Überprüfung veranlassen, ob Handelsschutzklauseln notwendig sind. Das Parlament würde die Situation der europäischen Automobilindustrie besonders aufmerksam beobachten.

EU-Schweiz: Den Grenzverkehr für Arbeitnehmer erleichtern Jeden Tagen gehen etwa 200.000 Grenzgänger aus der EU oder den EFTA-Ländern in die Schweiz zur Arbeit. Um die Freizügigkeit von Menschen und Dienstleistungen zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU voranzubringen, hat das Europäische Parlament diesbezügliche Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Menschenrechte dominieren den Beginn der Plenarsitzung

Peitschenschläge und Steinigungen im Iran

Der Präsident des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek eröffnete die Plenarsitzung im September mit einem deutlichen Appell an die Weltöffentlichkeit, sich gegen die geplante Steinigung von Frau Sakineh Mohammadi Aschtiani einzusetzen. Nach dem Bekanntwerden ihres Falles in den europäischen Medien wurde sie zusätzlich zu 99 Peitschenschlägen verurteilt.

Teheran soll geplante Strafe überdenken

Jerzy Buzek rief die iranischen Behörden auf, die geplante Strafe zu überdenken und hob die grundsätzliche Ablehnung der Todesstrafe in Europa hervor. Die Diskussion über die Menschenrechte wurde wegen der Dringlichkeit des Falles vom Donnerstag auf den Montag vorverlegt.

Anwesenheitspflicht

Der Montagabend wurde durch einen Protest einiger Europaabgeordneter aufgeheizt, die sich gegen die geplante Anwesenheitspflicht zur Rede von Kommissionspräsident José Manuel Barroso verwehrten. Jerzy Buzek machte deutlich, dass zur selben Zeit keine anderen Zusammenkünfte geplant werden und dass alle Abgeordneten anwesend sein sollen.

Verliert Uspakitsch seine Immunität?

Für den Dienstag Nachmittag wurde zusätzlich eine Abstimmung über die Aufhebung der Immunität des litauischen Abgeordneten Viktor Uspakitsch (ALDE) auf die Tagesordnung gesetzt.

Interview: José Bové über die Landwirtschaft in Europa

Der französische Abgeordnete José Bové, der sich als Aktivist für die Rechte der Bauern und gegen die Globalisierung in seinem Land einen Namen gemacht hat, stand am Montag im Rampenlicht der Plenarsitzung. Er stellte in seinem Bericht die Schwächen der gegenwärtigen Agrarpolitik der EU bloß und kritisierte die sinkenden Einkommen der europäischen Bauern.

Herr Bové, in Europa sind die Verbraucher steigenden Lebensmittelpreisen ausgesetzt, während die Einkommen der Bauern sinken. Die Supermarktketten werden dabei beschuldigt, große Profite einzufahren. Wie sieht Ihrer Meinung nach die Situation aus?

Bové: Die Situation ist in der Tat dramatisch. Wenn die Preise fallen, sehen die Verbraucher keine Veränderung. Steigen auf der anderen Seite die Preise für die Rohstoffe spekulativ, dann wird dies auf die Kunden abgewälzt.

Landwirte leben eher schlecht als Recht vom Verkauf ihrer Produkte und der Gewinn wird von den verarbeitenden Betrieben und den großen Ketten eingefahren.

Was schlägt Ihr Bericht konkret vor, um diese Missstände zu beseitigen?

Bové: Erstens müssen wir uns der Spekulation mit Rohstoffen widmen. Die Märkte reagieren auf die Lagerbestände. Wir müssen daher einer Politik der "Casino"-Rohstoffe Einhalt gebieten.

Zweitens müssen wir einen genauen Blick auf die Produktionskosten werfen. Es ist nicht akzeptabel, dass Landwirte unter dem Niveau der Produktionskosten bezahlt werden.

Drittens müssen wir den Einfluss von Produktionsverbänden stärken, insbesondere in den Gesprächen zwischen Erzeugern, der verarbeitenden Industrie und dem Einzelhandel.

In Ihrem Bericht stellen Sie heraus, dass 30% der Lebensmittelproduktion verschwendet wird?

Bové: Heutzutage werden 30% der Lebensmittel verschwendet. Dies ist unakzeptabel, da in Europa eine große Zahl Menschen lebt, die nicht genug zu Essen haben. Wir müssen daher den direkten Verkauf fördern und die Lieferzeiten verkürzen und die Entfernung zwischen Erzeuger und Verbraucher zu verringern. Überdies müssen wir die Regeln verändern, die dazu führen, dass in Supermärkten und in der Landwirtschaftlichen Industrie so viel weggeschmissen wird.

Wir danken für das Gespräch.

Ausweisung von Roma aus Frankreich: Parlament fordert EU zum Handeln auf

Europaabgeordnete der EVP-Fraktion haben heute in der Aussprache zur Lage der Roma betont, dass die EU mehr für die Integration der Roma unternehmen müsse. Vertreter der Sozialdemokraten (S&D), der Grünen/EFA, der Liberalen (ALDE) und der Linken (GUE/NGL) hingegen verurteilen das Vorgehen der französischen Regierung als Diskriminierung und als Verletzung von EU-Recht. Kommissarin Viviane Reding erklärte, dass die Rechtmäßigkeit der französischen Maßnahmen noch geprüft werden müsse.

Olivier CHASTEL, belgischer Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, beteuerte als Vertreter des Europäischen Rates, dass sich der Rat den "Werten und Prinzipien der Verträge" und dem "Respekt für Rechtsstaatlichkeit, so auch den Minderheitenrechten" verpflichtet fühle. Er erinnert daran, dass es den Mitgliedstaaten obliege, die Integration der Roma zu unterstützen. "Die Freizügigkeit muss gegeben sein. Die Roma dürfen keine Opfer von Diskriminierung sein."

Viviane REDING, die Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft sagt, dass die "Mitgliedstaaten für die öffentliche Ordnung und die Sicherheit" ihrer Bürger zuständig seien. Alle Maßnahmen sollen allerdings angemessen sein. Reding erwähnt die Zusicherung der französischen Behörden, dass es sich nicht um eine Diskriminierung von Roma handle. Dennoch würde die Kommission derzeit "überprüfen, ob das, was gesagt wurde, den Tatsachen vor Ort entspricht", erklärte die Kommissarin. "Bisher haben wir eine Reihe von Punkten festgestellt, bei denen uns die französischen Behörden weitere Informationen zukommen lassen müssen."

Livia JÁRÓKA (EVP, Ungarn) erinnert daran, dass Ausweisungen nur als "Einzelfallentscheidung" angeordnet werden dürfen. Sie hebt hervor, dass "niemand ausgewiesen werden dürfe, nur weil er Roma ist" und dass eine kollektive Ausweisung "abstoßend sein könnte". Das Gleiche treffe aber auch auf das fehlende Handeln gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu. Járóka unterstreicht dabei, wie wichtig es sei, die Integration der Roma mithilfe einer europäischen Strategie voranzubringen.

Hannes SWOBODA (S&D, Österreich) zeigt sich enttäuscht von der "unklaren Antwort" der Kommission. "Das ist skandalös. Ich will wissen, ob die französischen Behörden gegen EU-Recht verstoßen haben oder nicht", sagt er und ergänzt, dass andere Länder "so etwa Italien oder Ungarn" dem Beispiel Frankreich folgen könnten.

Renate WEBER (ALDE, Rumänien) erklärt, dass Frankreich "Tricks anwendet", indem es den Roma Geld gibt, damit sie das Land verlassen. "Sie nennen es freiwillige Ausreise", aber es sei ein "klarer Bruch von EU-Recht und internationalem Recht". Weber betont, dass die Kommission beweisen müsse, dass sie tatsächlich die Hüterin der EU-Grundsätze sei. Hélène FLAUTRE (Grüne/EFA, Frankreich) wundert sich, dass die Kommissarin Reding noch keine klare Meinung zu diesem Thema habe, obwohl es schon mehrere Treffen dazu gab. Sie fragt, ob die Kommission weitere Experten und Beweise brauche, um festzustellen, dass die Situation inakzeptabel sei. Flautre ergänzt: "Hören Sie mit der Verweigerung auf, Verantwortung zu übernehmen!"

Timothy KIRKHOPE (ECR, Vereinigtes Königreich) bittet seine Kollegen abzuwarten, bis die Kommission eine Entscheidung getroffen hat. "Dann können wir anhand aller Fakten ein fundiertes Urteil fällen und entscheiden, wie die Roma besser integriert werden können, anstatt ein Mitgliedstaat vorzeitig zu verurteilen. Kirkhope unterstreicht zudem, dass "dieser Kontinent niemals die Geister vergangener Nationalismen wiederbeleben darf".

Cornelia ERNST (GUE/NGL, Deutschland) erklärt: "Sarkozy verstößt gegen EU-Recht, gegen die Freizügigkeit von Personen und gegen die Charta der Grundrechte." "Ich würde gern ein Ende dieser Abschiebungen sehen", fordert sie und erwähnt ähnliche Fälle in Österreich, Deutschland und Italien. "Wir müssen im Parlament dagegen vorgehen", schlussfolgert Ernst.

"Das sind alles nur Ausreden", sagt Mario BORGHEZIO (EFD, Italien) und unterstreicht, dass "Rumänien und Bulgarien ihre Probleme im Land nicht gelöst haben". Roma "sollten sich auch an die Gesetze halten" fügt er hinzu. "EU-Bürger sind auch Opfer ihrer Verbrechen und wollen keine Roma als Nachbarn", sagt er. "Wir müssen den Mut haben, das zu sagen", so Borghezio.

Gefälschte Münzen

Es passiert immer öfter: neben gefälschten Geldscheinen kommen nun auch verstärkt gefälschte Münzen in Umlauf. Der bulgarische Abgeordnete **Slavi Binev** hat nun einen Bericht vorgelegt, der sich dieses Problems annimmt und Vorschläge zur Bekämpfung der Falschmünzen anbietet. Außerdem sollen effektivere Maßnahmen zur Prüfung der Echtheit von Euromünzen eingeführt werden.

Hauptlast bei den Banken

Die Hauptlast der Verantwortung soll in Zukunft bei den Banken liegen, die in die Pflicht genommen werden um sicher zu stellen, dass die sich im Umlauf befindlichen Münzen tatsächlich echt sind. Dies betrifft unter anderem Geldautomaten, die auch Münzen ausgeben.

Standard für Fälschungen

Die Identifizierung von Falschmünzen soll in Europa ebenfalls standardisiert werden. Das Europäische Technik- und Wissenschaftszentrum soll die entsprechenden Standards festsetzen. Über den Binev Bericht wurde am Dienstag abgestimmt.

Barroso zur Lage der Union

In seiner ersten Rede zur Lage der Union ging Kommissionspräsident Barroso auf die Schlüsselfragen der Gegenwart ein und gab einen Ausblick auf zukünftige Themen.

Europa muss sich insbesondere auf den Umweltschutz und damit verbundenes Wirtschaftswachstum ausrichten, sagte Barroso. Auch soll der Haushalt der EU entsprechende Prioritäten berücksichtigen. Außerdem ging er auf die Lage der Roma in Europa ein und kritisierte deren Diskriminierung.

In Wirtschaftsfragen stellte Barroso die starke Rolle der EU während der Wirtschafts- und Finanzkrise hervor. Am 29. September wird die Kommission Vorschläge unterbreiten, um die nationalen Haushalte besser unter Kontrolle zu bringen und Defizite zu vermeiden. "Es geht darum die Währungsunion mit einer echten Wirtschaftsunion zu verbinden." Eine Generation von Schuldnern kann seinen Worten nach keine gute Nation abgeben.

Die Strategie "Europa 2020" soll zu mehr Beschäftigungswachstum führen, freie Stellen sollen europaweit ausgeschrieben werden.

In der internationalen Politik will Barroso Europa sichtbarer machen und mit einer Milliarde Euro zu den Zielen der "Millenium" Strategie zur Bekämpfung von Armut in der Welt beitragen.

In der folgenden Debatte äußerten sich die Vertreter der Fraktionen sowohl zustimmend, als auch recht kritisch zu einigen Punkten von Barrosos Rede. Sie können die Rede und die anschließende Diskussion im Videomitschnitt mit deutscher Simultanübersetzung verfolgen.

Forschung soll mit weniger Versuchstieren auskommen

Künftig sollen weniger Versuchstiere zu wissenschaftlichen Zwecken eingesetzt werden. Das sieht ein Gesetz vor, das am Mittwoch vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Das Gesetz zielt darauf ab, einen verbesserten Schutz der Tiere und die Erforschung von Mitteln gegen Krankheiten besser in Einklang zu bringen.

Der Kompromiss zur überarbeiteten Richtlinie wurde vorab mit dem Rat ausgehandelt. Die heutige Abstimmung bedeutet daher, dass die neue Tierversuchsrichtlinie endgültig verabschiedet wurde. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, um die neuen Regeln zu erfüllen. Danach soll aus ethischen Gründen die Anzahl der Tiere reduziert werden, die für wissenschaftliche Zwecke benutzt werden, ohne dass dabei die Forschung erschwert wird. Elisabeth JEGGLE (CDU, Deutschland), die als Berichterstatterin das Gesetz durchs Parlament gebracht hat, zeigte sich während der Debatte am Mittwochvormittag zufrieden mit dem ausgehandelten Kompromiss. "Wenn Sie die Tiere schützen wollen, dann unterstützen Sie bitte diese Vereinbarung."

Die neue Richtlinie verlangt, dass die verantwortlichen nationalen Behörden die Auswirkungen jedes wissenschaftlichen Experiments auf das Wohlergehen der Tiere beurteilen. Damit sollen alternative Testmethoden gefördert und das den Tieren zugefügte Leid gesenkt werden. Die neue Tierversuchsrichtlinie verschärft zudem die Regeln für die Verwendung von Primaten für wissenschaftliche Zwecke: sie klassifiziert die Tests nach ihrer Schwere und sie konkretisiert die notwendigen Inspektionen, die eine Einhaltung der neuen Regeln gewährleisten sollen.

Entwicklung alternativer Testmethoden gefordert

Alle Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass sie, wo immer dies möglich ist, eine vom EU-Recht gedeckte alternative Testmethode den Tierversuchen vorziehen. Außerdem dürfen tödliche Tierversuche nur noch genehmigt werden, wenn die Tiere mit geringst möglichen Schmerzen, Leiden und Ängsten getötet werden und dennoch verwertbare Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung erzielt werden können.

Tierversuche werden gestattet für die Grundlagenforschung, für die Verhütung oder Behandlung von Krankheiten bei Menschen, Tieren oder Pflanzen, für die Entwicklung und Herstellung von Arzneimitteln, für den Artenschutz, für die Ausbildung an Hochschulen und für forensische Untersuchungen.

Es wurden auch Schutzklauseln aufgenommen, die es den nationalen Regierungen ermöglichen, in Notsituationen von den Vorgaben der Richtlinie abzuweichen. Das dürfe allerdings nur in wissenschaftlich berechtigten Fällen und nach der Unterrichtung der Kommission erfolgen. Der Einsatz einer Schutzklausel müsse immer von den anderen Mitgliedstaaten genehmigt werden.

Schutz der medizinischen Forschung trotz weniger Versuche an Menschenaffen

Das vorgeschlagene Verbot, Menschenaffen wie Schimpansen, Zwergschimpansen, Gorillas und Orang-Utans für wissenschaftliche Zwecke zu verwenden, ist mit dem verabschiedeten Text prinzipiell bestätigt. Allerdings hätten die Maßnahmen, so wie sie die Kommission vorgeschlagen hatte, den Einsatz anderer Primaten wie den von Marmosetten oder von Makaken eingeschränkt. Nach Ansicht der Europaabgeordneten hätte das die europäische Forschung an neurodegenerativen Erkrankungen wie etwa Alzheimer erschweren können. Das verabschiedete Gesetz erlaubt daher die Verwendung dieser Primaten, wenn es einen wissenschaftlichen Nachweis gibt, dass der Zweck des wissenschaftlichen Tests nicht ohne diese Spezies erreicht werden könne.

Einstufung des Schweregrads der Tierversuche

Mit der neuen Richtlinie wird das Leid, das den Tieren während eines wissenschaftlichen Tests zugefügt wird, in die Kategorien "keine Wiederherstellung der Lebensfunktion", "gering", "mittel" oder "schwer" eingestuft.

Um ein wiederholtes Leid der Tiere zu vermeiden, hatte die Kommission vorgeschlagen, dass nur solche Tiere für weitere Versuche eingesetzt werden dürfen, die zuvor in der Kategorie "mild" eingesetzt wurden. Die Europaabgeordneten befürchteten allerdings, dass womöglich noch mehr Tiere verwendet werden müssten, wenn die Kriterien zu streng wären. Da das dem eigentlichen Ziel der Richtlinie widerspräche, haben sie mit Zustimmung der nationalen Regierungen vereinbart, dass auch diejenigen Tiere für weitere Versuche eingesetzt würde, denen zuvor ein Leid der Kategorie "mittel" zugefügt wurde. Voraussetzung ist die vorhergehende Prüfung durch einen Tierarzt.

Inspektionen und Kontrollen

Die Europaabgeordneten haben sich mit Nachdruck für regelmäßige und effektive Kontrollen und Inspektionen der für die Tierversuche verantwortlichen nationalen Behörden eingesetzt. Damit soll sichergestellt werden, dass die neuen Vorgaben auch eingehalten werden. Mit dem Rat wurde vereinbart, dass die nationalen Regierungen sicherstellen müssen, dass mindestens 33% der Einrichtungen, die Tierversuche einsetzen, überprüft werden. Die Inspektionen können auch unangekündigt erfolgen, so die Abgeordneten. Die Kommission werde wiederum die nationalen Behörden kontrollieren, die für die Inspektionen zuständig sind.

Außerdem müsse die Kommission dem Rat und dem Parlament fünf Jahre nach Inkrafttreten der neuen Tierversuchsrichtlinie einen Bericht zur Umsetzung der Richtlinie vorlegen.

Parlament protestiert gegen geplante Steinigung im Iran

Das EP verurteilt aufs Schärfste die Todesstrafe der Iranerin Sakineh Mohammadi-Ashtiani durch Steinigung, so in einer am Mittwoch angenommenen Entschließung. Alle politischen Fraktionen sind der Meinung, dass ungeachtet aller Tatbestände eine Verurteilung zum Tod durch Steinigung nicht gerechtfertigt sei und nicht akzeptiert werden könne. Sie fordern daher die iranischen Behörden auf, die verhängten Urteile aufzuheben und eine umfassende Überprüfung ihres Falles in die Wege zu leiten.

Die EU-Parlamentarier fordern zudem nachdrücklich die iranische Regierung auf, den Fall von Zahra Bahrami, einer iranisch-niederländischen Staatsbürgerin, erneut zu prüfen. Des Weiteren soll ihr unverzüglich ermöglicht werden, einen Rechtsanwalt zu kontaktieren und konsularischen Beistand in Anspruch zu nehmen. Sie soll entweder freigelassen oder ihr ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren gewährt werden. Die Abgeordneten verlangen auch die Aussetzung der Hinrichtung des 18-jährigen Ebrahim Hamidi.

Steinigung abschaffen sowie "Ehebruch" und Homosexualität entkriminalisieren

Das Europäische Parlament fordert Iran auf, die grausame und unmenschliche Praxis der Steinigung für rechtswidrig zu erklären. Iran und eine Gruppe von sehr wenigen Ländern wie Afghanistan, Somalia, Saudi Arabien, Sudan and Nigeria führen immer noch Steinigungen durch. Iran soll ferner in Erwartung der Abschaffung der Todesstrafe ein Moratorium für Hinrichtungen aussprechen, so die Abgeordneten in der Entschließung. "Ehebruch" sowie sexuelle Beziehungen Erwachsener im gegenseitigen Einvernehmen sollen nicht mehr als Straftat behandelt werden.

Freilassung aller Menschenrechtsaktivisten im Iran

Die iranischen Behörden, so die Forderung der Abgeordneten der EU, sollen umgehend all diejenigen frei lassen, die ausschließlich wegen ihrer friedlichen Proteste und der Ausübung ihres grundlegenden Menschenrechtes auf freie Meinungsäußerung inhaftiert sind. Das Parlament fordert erneut die Freilassung der sieben führenden Mitglieder der Baha'í. Die EU könne als Maßnahme zur finanziellen Unterstützung iranischer Menschenrechtsaktivisten das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte heranziehen.

Darüber hinaus solle ein Einreiseverbot in die EU und die Einfrierung von Vermögenswerten auf diejenigen ausgeweitet werden, die für Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und die Einschränkung der Freiheitsrechte im Land verantwortlich sind.

Rechte gleichgeschlechtlicher Paare sollen in ganz Europa gleichgestellt werden

Europa soll ein Kontinent mit gleichen Rechten für alle Bürger werden. Dazu ist es jedoch notwendig die Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen aktiv anzugehen. Die tagtägliche Realität schaut oft recht trist aus: Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind nach wie vor weit verbreitet.

In den bisherigen Strategieplänen der Europäischen Kommission sind jedoch nach der Ansicht einiger Europaabgeordneten keine geeigneten Vorschläge für konkrete Maßnahmen enthalten, um die rechtliche Lage gleichgeschlechtlicher verheirateter oder in einer eingetragenen Partnerschaft lebender Partner zu verbessern.

Verbesserung erst im Jahr 2014?

Eine Gruppe von Abgeordneten, ob denn die Verbesserung der Rechtslage gleichgeschlechtlicher Partner für die Kommission eine so geringe Priorität hat, dass sie sogar auf 2014 vertagt werden kann?

Aus eigener Erfahrung ...

Einige Abgeordnete berichteten dabei auch aus eigener Erfahrung. Der linke Abgeordnete **Cornelis de Jong** aus den Niederlanden sagte beispielsweise, dass er zwar bereits seit 21 Jahren in einer offiziell registrierten gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebt, bei einer Reise nach Polen aber beispielsweise seine Rechte dort verliert.

Sein sozialdemokratischer Kollege **Michael Cashman** aus Großbritannien sagte, dass er trotz seiner seit 27 Jahren bestehenden registrierten Partnerschaft beispielsweise in Italien bei einem Unfall seines Partners nicht einmal das Recht hat zu entscheiden, wie weit die ärztliche Pflege auf der Intensivstation gehen soll.

"Wie verbessern die gegenseitige Anerkennung von Zertifikaten für Marmelade, Wein und Bier, warum sollten wir dies nicht auch für zwischenmenschliche Beziehungen tun?" fragte in diesem Zusammenhang die niederländische Abgeordnete **Sophia In't Veld**.

Verfolgen Sie die Debatte im Mitschnitt (siehe Link).

Frankreich und andere Mitgliedstaaten müssen unverzüglich die Ausweisung von Roma aussetzen

Das Parlament hat bezüglich der Ausweisungsmaßnahmen der französischen Behörden und anderer Mitgliedstaaten seine "tiefe Besorgnis" ausgedrückt. Die Abgeordneten hinweisen darauf hin, dass Massenausweisungen gegen EU-Recht verstoßen, da sie einer Diskriminierung aufgrund von Rasse gleichkommen.

In einer am Donnerstag angenommenen Entschließung haben das Parlament die politischen Entscheidungsträger aufgefordert, "Hetzreden" zu vermeiden und Kritik am fehlenden Engagement von Rat und Kommission geäußert.

- *Die Resolution wurde mit 337 Ja-Stimmen bei 245 Ablehnungen und 51 Enthaltungen angenommen*
- *Massenvertreibungen und Sammlung von Fingerabdrücken sind illegal*
- *Keine aufrührerische und diskriminierende Rhetorik von politischen Entscheidungsträgern*
- *Abgeordneten bedauern die "späte und eingeschränkte Reaktion" der Europäischen Kommission*

In der von den Fraktionen S&D, ALDE, Grüne/EFA und VEL/NGL vorgelegten Entschließung wird von Frankreich die "unverzügliche Aussetzung aller Ausweisungen" gefordert. Die Abgeordneten erklären zudem, dass das Sammeln von Fingerabdrücken der Roma illegal sei und gegen die EU-Charta der Grundrechte verstoße. Das Parlament weist "alle Äußerungen zurück, durch die Minderheiten und Einwanderung mit Kriminalität in Verbindung gebracht und diskriminierende Klischees begründet werden" sowie "hetzerische und offen diskriminierende Rhetorik", durch die "einen Nährboden für rassistische Rhetorik und Aktionen rechtsextremer Gruppen" bildet.

Die Abgeordneten erklären, dass EU-Rechtsvorschriften über die Freizügigkeit festlegen, dass "mangelnde finanzielle Mittel unter keinen Umständen als Rechtfertigung für eine automatische Ausweisung von Unionsbürgern dienen könne". Einschränkungen der Freizügigkeit dürfe "ausschließlich mit dem persönlichen Verhalten und weder mit Generalprävention noch mit der ethnischen Zugehörigkeit oder der Staatsangehörigkeit begründet werden". Des Weiteren müssen Ausweisungsbeschlüsse im Einzelfall beurteilt und gefasst werden, wobei die jeweiligen persönlichen Umstände zu berücksichtigen und Verfahrensgarantien und Rechtsbehelfe sicherzustellen seien, so die Abgeordneten.

Eine vollständige Analyse der Situation in Frankreich und in anderen Mitgliedstaaten gefordert

Das Parlament bedauert auch die "späte und begrenzte Reaktion" der Europäischen Kommission im Rahmen ihrer Aufgaben als Hüterin der Verträge, die Einhaltung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten in Bezug auf EU-Recht zu überprüfen. Die Kommission solle "konsequent zu den Werten und Grundsätzen zu stehen, die in der EU-Charta der Grundrechte und in den Verträgen verankert sind", und umgehend mit einer umfassenden Untersuchung der Situation in Frankreich und in anderen Mitgliedstaaten reagieren.

Roma-Gipfel im April: Nur drei Minister nahmen teil

Die Abgeordneten bedauern, dass die Europäische Kommission bisher nicht auf Forderung des Parlaments, eine EU-Strategie bezüglich der Roma auszuarbeiten, reagiert habe. Ferner bedauert das Parlament, dass während des zweiten Gipfeltreffens zur Lage der Roma, das in Cordoba am 8. April stattfand, nur drei Minister teilgenommen haben.

Die Abgeordneten sind zudem der Auffassung, dass die Situation der Roma in Europa "in keiner Weise weder den bevorstehenden Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum Schengen-Raum noch die Rechte ihrer Bürger beeinflussen könne".